

Unpolitisch, unparteiisch, unbeteiligt?

Social Media statt Stammtisch –
ein Blick auf das Verhältnis von Jugend und Politik

NADINE SCHÖN

Geboren 1983 in Lebach, Juristin, Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, von 2004 bis 2009 Mitglied des Saarländischen Landtages, seit 2009 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Lassen Sie mich meinen Beitrag mit einem kleinen Experiment beginnen. Ich bitte Sie, frei zu assoziieren: Welche Begriffe kommen Ihnen in den Sinn, wenn ich die Stichworte „Jugend“ und „Politik“ nenne? Ich würde einmal tippen, da finden sich mehrheitlich Wörter wie Politikverdros-

senheit, Desinteresse, fehlendes Engagement, kurzum: Die Assoziationen sind vornehmlich negativ besetzt. Nun kann es sein, dass ich mit meiner Vermutung im Einzelfall falschliege, doch wird meine etwas zugespitzte These auch getragen von der großen Mehrheit der Medienberichte und Überschriften in Zeitungen und Magazinen. Ich erinnere mich beispielsweise an einen Beitrag der Deutschen Welle vom August des vergangenen Jahres, der mit „Die Unpolitischen“ betitelt wurde, oder an einen Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* desselben Monats, der den Jugendlichen grundsätzlich eine steigende Politikverdrossenheit attestierte. Durch diese Berichterstattung wird der Eindruck erhärtet: Jugend und Politik, das passt irgendwie nicht zusammen!

Doch ist das wirklich so? Spiegelt dieser oberflächliche erste Eindruck wirklich so die Realität wider? Schauen wir uns zunächst einmal die einschlägigen Studien an, die Auskunft über das Verhältnis von Jugend und Politik geben.

So konstatiert die Shell-Jugendstudie 2010 als überlagernden Trend zunächst, dass Jugendliche – wir sprechen hier von jungen Menschen zwischen 12 und 25 Jahren – sich im Vergleich zu den 1970er- und 1980er-Jahren immer weniger für Politik interessieren. Besonders in bildungsfernen Schichten ist diese Feststellung empirisch belegt. In den vergangenen Jahren ist die Prozentzahl der politisch Interessierten zwar in den gut gebildeten Milieus etwas angestiegen, doch in der aktuellen Studie wird der Anteil der „politisch interessierten“ Jugendlichen mit 37 Prozent beziffert.

UNGLAUBLICH WEIT ENTFERNT

Es ist unstrittig, dass das trotz der positiven Tendenz – im Jahr 2006 wurden 35 Prozent festgestellt – zu wenige sind. Was steckt dahinter? Bei genauerer Betrachtung ergibt sich ein differenzierteres Bild: Kein Interesse an Politik, das bedeutet im Sinne der wissenschaftlichen Befunde übersetzt: kein Interesse an institutionalisierter Politik. Jugendliche nehmen den Politikbetrieb oft als etwas wahr, das mit ihrer persönlichen Lebenswelt, ihren Problemen und Sorgen nichts oder nur sehr wenig zu tun hat. Politik werde auf einem anderen, uninteressanten Planeten gemacht, ist in der Publikation *Unsichtbares Politikprogramm?* der Bundeszentrale für politische Bildung zu lesen, also unglaublich weit entfernt.

Politiker und Parteien machen bei der großen Mehrheit der Jugendlichen auch keinen Stich. So fragten die Wissenschaftler der Shell-Studie, wem Jugendliche Vertrauen entgegenbringen. Auf einer Skala von eins bis fünf erreichten Parteien lediglich einen Wert von zweieinhalb und landeten damit weit abgeschlagen hinter Polizei, Gerichten, Menschenrechtsgruppen und auch der Bundeswehr. Den Untersuchungen des SINUS-Instituts in Heidelberg zufolge betrachten Jugendliche Politiker als austauschbar, profillos, machtorientiert und volksfern. In diesem Kontext ist immer wieder davon die Rede, Jugendliche würden in die vorhandenen Strukturen nicht hineinpassen, was zu einer Verweigerungshaltung führe. Die Gruppe derjenigen, die angibt, sich parteipolitisch engagieren zu wollen, lag bei gerade mal siebzehn Prozent. Das ist besonders beunruhigend, da es ja gerade Politiker und Parteien sein sollen, die den Willen der Menschen innerhalb der Institutionen unseres politischen Systems repräsentieren und durch Verhandlung und Kompromiss zu einer Lösung finden sollten. Das Bild, das sie dabei abgeben, scheint aber bei Jugendlichen auf wenig Gegenliebe zu stoßen. Die Tatsache, dass sich dieser Befund in einen gesamtgesellschaftlichen Trend einordnet, sollte uns nur noch mehr zu denken geben.

Bei all den negativen Eindrücken kommt die Forschung – ich beziehe mich hier auf die Shell-Studie sowie das SINUS-Institut – aber auch zu ermutigenden Ergebnissen, die uns mehr über Denken, Motivationen und Interessen von Jugendlichen berichten. Denn es ist keineswegs so, dass sie Politik per se ablehnten. Der übergroßen Mehrheit der Jugendlichen wird vielmehr eine grundsätzliche bis sehr hohe Bereitschaft attestiert, sich an politischen Aktionen zu beteiligen und sich gesellschaftlich einzubringen, wenn ihnen eine Sache persönlich wichtig ist – die weiblichen Jugendlichen sind den Daten zufolge besonders aktiv. Es sind die Formen und Kanäle, die die Jugendlichen zur Artikulation ihres politischen Willens nutzen, die sich mehrheitlich sehr von den festgetretenen Strukturen eines Parteiapparates unterscheiden. Spontaneität, ein gewisses Maß an Unverbindlichkeit, aber auch Kreativität scheinen Parameter zu sein, an denen sich die Aktivitäten der Jugendlichen orientieren, die aber in den bekannten politischen Strukturen und Institutionen wenig Raum finden – noch, möchte ich hier optimistisch hinzufügen.

POLITIK KONKRET, VOR ORT UND UNMITTELBAR

Der Shell-Studie zufolge stehen Unterschriftenaktionen (77 Prozent) und der Boykott (von Waren, 54 Prozent) aus politischen, ethischen oder Umweltgründen hoch im Kurs – die Mehrheit der Befragten kann sich folglich laut Shell-Studie vorstellen, auf diese Art und Weise aktiv zu werden. Diese Haltung geht einher mit der Bereitschaft zur Teilnahme an Protestversammlungen (44 Prozent) und Bürgerinitiativen (37 Prozent), also Aktionen, die sich vornehmlich auf ein bestimmtes Themengebiet oder konkretes Anliegen vor Ort konzentrieren. Wenn sich Jugendliche in ihrem Alltag von einer Frage direkt berührt fühlen, scheint die Bereitschaft zur politischen Artikulation recht ausgeprägt zu sein. Dies ist eine sehr wichtige Feststellung, auf der man aufbauen kann und die all jene widerlegt, die pauschal das vermeintliche Desinteresse junger Menschen im Allgemeinen beklagen.

Jugendliche interessieren sich also sehr wohl für politische Inhalte, weniger für institutionalisierte Politik. Für mich als junge Politikerin bedeutet das zweierlei:

Zum einen ist der positive Befund, dass junge Menschen sich sehr wohl für politische Inhalte interessieren, ermutigend. Er deckt sich absolut mit meinen Erfahrungen. Bei meinen regelmäßigen Schulbesuchen gibt es immer gute Diskussionen über politische Themen. Und diese sind für mich genauso aufschlussreich wie für die Jugendlichen. Besonders interessant: Wenn ich die Schülerinnen und Schüler frage, ob sie schon mit sechzehn Jahren wählen wollen, gehen kaum Hände nach oben. In meinen Augen zeigt das deutlich, dass diejenigen, die lauthals mehr Mitbestimmung fordern – zumeist etablierte

Politiker aus dem politisch linken Lager –, die Jugendlichen selbst überhaupt nicht fragen, in welcher Form und ab wann sie mitbestimmen wollen.

Spannend finden junge Leute auch, in den Politikbetrieb einzutauchen: Wie sieht der Alltag eines Politikers aus? Was macht ihr eigentlich den ganzen Tag? Wie geht man mit Lobbyisten um? Wieso ist der Plenarsaal oftmals so leer? Über 1.000 Schülerinnen und Schüler habe ich in den letzten Jahren in Berlin getroffen. Wenn es um einzelne Themen und um den Menschen im Politiker geht, dann wird Politik greifbar und interessant. Und dann können auch viele Vorurteile ausgeräumt werden.

Dieses grundsätzliche Interesse an Themen und an Menschen muss Auftrag und Verpflichtung sein für alle, die mit Jugendlichen zu tun haben. Etwa durch Projekte, an denen sich junge Menschen beteiligen können. Sei es die Kampagne für bessere Nachtbusverbindungen am Wochenende, die Spendensammlung für ein Kinderheim in Indien oder eine gemeinsame Streichaktion mit der Jugendfeuerwehr, um endlich die hässliche Bahnunterführung im Dorf sauber und schön zu gestalten – all dies sind ganz konkrete Beispiele aus meiner eigenen politischen Tätigkeit, wo sich plötzlich junge Menschen für ein Anliegen begeistert haben. Gemeinsam haben wir es in die Hand genommen und uns gemeinsam am Ergebnis gefreut. – Politik konkret, vor Ort und unmittelbar. Das ist es, was Jugendliche wollen.

„WEBCAMP“ IN SANKT WENDEL

Besonders beeindruckend war das „Webcamp“ im saarländischen Landtagswahlkampf 2012. Unsere Junge Union hatte spontan ein paar Räume angemietet, sie mit PCs, Laptops, Couch und Kühlschranks ausgestattet, und schon war dieses Camp für Tage und Wochen der Treffpunkt für eine Menge junger Leute, die ich vorher noch nie bei der Jungen Union gesehen hatte. Politik im Netz mischte sich mit Straßenwahlkampf, Pizza- und Videoabende gingen nahtlos in die Produktion eines Wahlspots über, aus Teambesprechungen wurden „chillige“ Nachmittage, aus einem Facebook-Chat eine politische Diskussion. Die Landespartei, Medien, gestandene Politiker aller Parteien beobachteten mit Verwunderung, was in diesem Webcamp vor sich ging. Aber: Sie ließen sie machen, mischten sich nicht ein, überließen ihnen Verantwortung. Und das war wohl das Erfolgsgeheimnis: Verantwortung geben, den Jugendlichen etwas zutrauen und die Inhalte, Wege und Methoden selbst finden lassen.

Jugendliche wollen auf anderem Weg politisch angesprochen werden, als wir es gewohnt sind. Welcher junge Mensch liest regelmäßig Zeitung, wer interessiert sich für den Inhalt eines Flugblatts? Wenn Lehrer in den Schulen meines Wahlkreises ihre Schüler fragen, woher sie ihre Bundestagsabgeordnete kennen, dann ist die Antwort meistens: Facebook oder Twitter. Diese

sozialen Netzwerke, die „neuen Medien“ verstehen Jugendliche ganz selbstverständlich als Teil ihres Alltags und nutzen diese Angebote individuell, finden hier ihre Informationen. Spiegel online statt Tagesschau, Social Media statt Stammtisch! Über diese Wege kann man jüngere Wähler erreichen und abfragen, wie sie über (politische) Themen denken. Bevor ich zu einer Podiumsdiskussion gehe, frage ich oft meine Community, was sie davon denkt – so erhalte ich spannende Ergebnisse.

SICH GENÜGEND ZEIT NEHMEN

Was können wir als Politiker also tun, um die grundsätzliche Bereitschaft von Jugendlichen, sich politisch zu engagieren, aufzunehmen? Der erste Schritt besteht darin, dass wir uns genügend Zeit nehmen. Sicher, das ist nicht immer einfach, aber wir bekommen etwas zurück und erfahren mehr über die Sorgen und Pläne von Jugendlichen. Sie sind es ja schließlich, die künftig Deutschland gestalten werden!

Dann ist es wichtig, einfach so natürlich und offen wie möglich zu sein. Gerade junge Menschen merken das rasch, wenn ein Politiker ihnen etwas vormachen oder beschönigen will. Und es ist wichtig, sich in die Lebensphase und das Umfeld der Jugendlichen hineinzusetzen. Es bringt wenig, mit den Mitteln von gestern auf die Generation von morgen zuzugehen. Ein unverkrampfter, offener Umgang mit den Chancen der neuen Medien und sozialen Netzwerke sind genauso bedeutend wie unverbindliche Angebote, sich an politischen Aktionen zu beteiligen. Wie können Nichtmitglieder mitmachen? Bieten wir Testmitgliedschaften in unseren Parteien an? Wie gehen wir auf Wählerinnen und Wähler zu? Gestalten wir einen offenen Diskussionsprozess oder verschanzen wir uns erst einmal in den Hinterzimmern? Ich erlebe in vielen Ortsverbänden, dass sie ganz neue Wege gehen, um die Bürgerinnen und Bürger für Politik zu interessieren – auch junge Menschen. Diese Offenheit, das ist es, was gerade Jugendliche wollen und was Parteien und Politiker ihnen bieten müssen.

SYSTEM ERKLÄREN UND STÄRKEN

Doch kann das alles gewesen sein? Wie wird unsere Demokratie aussehen, wenn alle nur noch punktuell und nach aktueller Interessenlage politisch aktiv werden? Können wir so ein demokratisches System aufrechterhalten, das in seiner Verfassung festschreibt, dass Parteien an der Willensbildung mitwirken? Wer engagiert sich denn noch in einer Partei?

Das ist die schwerste Herausforderung, vor der wir stehen. Interesse an Politik wecken ist wichtig und Grundlage von allem. Alle politisch verantwortlichen Menschen haben aber auch die Aufgabe, unser politisches System zu erklären und zu stärken. Sie müssen deutlich machen, dass es wichtig ist, dass sich Menschen in Parteien engagieren. Denn Parteien bündeln Meinungen und wirken in die Parlamente. Gerade Volksparteien schaffen den Ausgleich zwischen den unterschiedlichsten Positionen und Bedürfnissen. Sie sorgen dafür, dass auch Minderheiten eine Stimme finden und sich die Vielfalt der Bevölkerung in der politischen Willensbildung widerspiegelt. Deshalb haben wir die schwere Aufgabe, auch junge Menschen neben vereinzelt Engagement auch für politische Strukturen und politisches Engagement in Parteien zu interessieren.

MEHRWERT DER DAUER

Diese Aufgabe haben Politiker, die im Gespräch mit Jugendlichen die Bedeutung unseres politischen Systems erklären müssen. Diese Aufgabe haben Parteien, die ihre Arbeit transparent machen müssen, die sich öffnen müssen für neue Formen der Ansprache und die ihren Mitgliedern einen Mehrwert bieten und sie für das dauerhafte politische Engagement begeistern müssen. Nicht zuletzt haben diese Aufgabe die Medien, die auch über das unglaubliche ehrenamtliche Engagement Hunderttausender Menschen, die sich in Parteien und Räten für andere Menschen einsetzen, berichten sollten, über Menschen, die ihren Ort, ihre Gemeinde, ihr Land besser machen und voranbringen wollen, die viel Freizeit in dieses demokratische Engagement einbringen.

Und schließlich haben wir alle eine Verantwortung. Denn jeder von uns hat mit jungen Menschen zu tun, in der Familie, im Beruf, in der Freizeit, und jeder von uns ist Teil des politischen Systems. Wir alle können dazu beitragen, dass positive Begriffe assoziiert werden, wenn Menschen über Jugend und Politik nachdenken!